



Grafik: Gettyimages

„Ich kann als Einzelner eh nichts bewegen.“ Falsch! Zwar müssen einige gesetzliche Voraussetzungen dringend geändert werden, um politische Partizipation für Kinder und Jugendliche auszubauen – aber schon jetzt können sie in vielfältiger Form mitmischen.

Politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit

23 Mehr Politik wagen

Wenn es um „die“ Jugend ging, konzentrierten sich in der jüngsten Vergangenheit Diskussionen meist nicht auf politische Bildung.

Von Prof. Klaus Schäfer

Kinder- und Jugendbeteiligung ist kein Gnadentat

24 Wir sind die Zukunft!

Kinder und Jugendliche sind Menschen und somit haben auch sie das Recht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Von Gerhard Wagner

Altersgrenzen im Recht

25 Wer darf wann was?

Bei der Vorstellung des 15. Jugendberichts der Bundesregierung erwähnte ein Beteiligter, dass es für Jugendliche schwer überschaubar sei, welche Rechte und Pflichten sie haben.

Von Johannes Trischler

Kinderrechte ins Grundgesetz

26 Längst überfällig

In den letzten Monaten hat die Diskussion um die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz neuen Aufwind erfahren.

Von Holger Hofmann

Junge Parteimitglieder

27 Old school oder hip?

Junge Menschen entschließen sich in letzter Zeit wieder häufiger, Mitglied einer Partei zu werden. Warum gerade jetzt?

Von Marko Junghänel

Jede Woche den „Pulse of Europe“ spüren

28 „Freude, schöner Götterfunken“

Was für ein großartiges Signal an Europa war das, als Emmanuel Macron zur Europa-Hymne vor die Weltöffentlichkeit trat und seine erste Rede hielt.

Von Dr. Georg Fichtner

Demokratiemobil rollt durch den Münchner Norden

29 Demokratie im Einsatz

Informieren, aufklären, reden, spielen: Vom 1. September bis zur Bundestagswahl dreht sich alles um Demokratie und Teilhabe.

Von Sylvia Holhut

Medienpädagogisches Projekt

30 Wahlzeit

Die anstehende Bundestagswahl ist Anlass für das medienpädagogische Projekt „Wahlzeit“. So langsam kommt es auf Touren.

Von Laura Breier

*Politische Bildung als zentrale Aufgabe der
Kinder- und Jugendarbeit**

Mehr Politik wagen

Wenn es um „die“ Jugend ging, konzentrierten sich politische Diskussionen meist auf bildungspolitische Konzepte und Veränderungen im Schulalltag sowie auf Regulationen im beruflichen Übergangssystem oder in anderen Politikbereichen.



Foto: DBJR, DVD „Blickwinkel“,
Journalistenbüro Röhr-Wenzel

Nicht zu unterschätzen: Die „gute alte Gruppenstunde“ ist ein prädestinierter Ort für politische Bildung

Weniger standen Fragen der gesellschaftlichen Bedeutung der Jugend und ihrer politischen Handlungskompetenz im Zentrum. Gegenwärtig allerdings wird Jugend in politischen Kontexten wieder stärker thematisiert, sei es bezüglich der Frage, ob 16-Jährige bei Landtagswahlen wählen dürfen, oder im Rahmen der Debatten um eine eigenständige Jugendpolitik. Die Sachverständigenkommission des 15. Kinder- und Jugendberichts hat nicht zuletzt deshalb als eine Schlussfolgerung die politische Bildung als eine zentrale Aufgabe der Institutionen des Aufwachsens, insbesondere der Ganztagschule und der Kinder- und Jugendarbeit bezeichnet.

Dies gilt vor allem für die Kinder- und Jugendarbeit. Denn in diesem Bereich ist politische Bildung seit jeher nicht nur fester Bestandteil, sondern so etwas wie ein Kernanliegen. Heute zeigt sich politische Bildung an vielen Orten. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die in alle Felder der Kinder- und Jugendarbeit hineinreicht – bis hinein in die Jugendmedienarbeit.

Politische Bildung (wieder-)beleben

Auch wenn in jüngster Zeit angesichts wachsender demokratiefeindlicher Bestrebungen und aufkommendem Rassismus politische Bildung wieder Thema geworden ist, scheint die politische Bildung in den letzten 20 Jahren öffentlich eher in den Hintergrund getreten zu sein; jedenfalls war sie seit Längerem nicht mehr Thema jugendpolitischer Bestrebungen. Im Hinblick auf die aktuelle politische Situation ist es mehr als nötig, Kinder und Jugendliche zu befähigen, die immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Zusammenhänge zu durchschauen und sich positionieren zu können. Darin liegt die Bedeutung der politischen Bildung. Es ist daher an der Zeit, der politischen Bildung wieder mehr öffentliches Gewicht zu geben und sie als eine Aufgabe mit Verfassungsrang zu betrachten. Demokratie zu verteidigen, ist in der heutigen Zeit eine mehr als zwingende und wichtige gesellschaftspolitische – ja sogar eine existentielle – Aufgabe. Da hilft eine „neutrale“ politische Bildung allein nicht.

Die Kinder- und Jugendarbeit verfügt über Möglichkeiten und Gelegenheiten für eine handlungsorientierte politische Bildung, denn sie setzt nicht nur in den Alltagswelten der Kinder und Jugendlichen an, sondern es werden zahlreiche Ansätze konkreter Demokratieerfahrung eröffnet. Gerade im ehrenamtlichen Engagement zeigt sich die große Bereitschaft Jugendlicher zur Verantwortungsübernahme. Es ist dennoch an der Zeit, eine Re-Politisierung der politischen Bildung anzugehen, ganz im Sinne des 15. Kinder- und Jugendberichts: „... Jugendlichen und jungen Erwachsenen Gelegenheiten zu eröffnen, in denen sie als Ko-Produzenten der Zukunft betrachtet und verbindlich einbezogen werden“ (S. 464). Hier kann Kinder- und Jugendarbeit nahtlos anknüpfen. Dabei ist zu beachten, dass politische Bildung immer auch mit Teilhabe und Partizipation sowie mit Formen der Selbstgestaltung und der Durchsetzung von Interessen verbunden ist. Das heißt zugleich, dass Aktions- und Handlungsansätze so zu gestalten sind, dass Jugendliche sich auch in konkrete (kommunal-)politische Entscheidungsprozesse verantwortlich einbringen und aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken können.

Dabei ist es zwingend geboten, Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Lebenswelten besonders anzusprechen. Hier gibt es Nachholbedarf. Es reicht nicht aus, sich darauf zu verlassen, dass „die“ Jugend als Ganzes gesehen sehr wohl politisch ist. Es ist leider nicht zu übersehen, dass sich bei Jugendlichen im historischen Vergleich zu den 1990er Jahren ein konstant niedriges politisches Interesse zeigt (BMFSFJ, S. 231). Immerhin gaben rund 41 Prozent der befragten Jugendlichen an, politisch interessiert zu sein (ebenda, S.232). Es gibt Hinweise, dass die soziale Herkunft ein Indikator dafür ist, ob junge Menschen den Zugang zu Formen der Interessenvertretung und des politischen Engagements haben bzw. wahrnehmen. Schon deshalb kommt dieser Aufgabe eine besondere Relevanz in der politischen Bildung zu.

*Was müsste passieren,
damit du dich politisch engagierst?*

**„Wenn mir etwas überhaupt nicht gefällt.
Wenn zum Beispiel Politiker sagen würden,
dass überall geraucht werden darf und
dass auch Kinder rauchen dürfen.“**

Sofia-Lena, 10

Jugendarbeit bietet ideale Ansatzpunkte

Das Streben junger Menschen nach Selbstpositionierung und Ver selbständigung kann in der Kinder- und Jugendarbeit auf wirkungsvolle Weise unterstützt werden. Position beziehen, sich etwas zutrauen, handeln für eine demokratische Gesellschaft, Partizipationsmöglichkeiten erstreiten – das sind dabei einige zentrale Merkmale. Es gilt daher für die Kinder- und Jugendarbeit mehr denn je, auch als Ort der Selbstorganisation wieder das verlorengegangene Bild von einer „zukunftsgestaltenden Jugend“ (ebenda) hervorzuholen und es nicht nur auf einzelne Zielgruppen zu konzentrieren. Vieles wird zwar bereits getan, vieles bleibt aber auch in einer Art Experimentierphase stecken. Das hemmt eher die Beteiligungsbereitschaft Jugendlicher. Auch das gehört zu einer Strategie „Jugend ermöglichen“, wie sie der 15. Kinder- und Jugendbericht herausgearbeitet hat.

Kinder- und Jugendarbeit hat gute Voraussetzungen, diese Ziele zu erreichen. Der Ernst-Charakter der politischen Bildung sollte dabei nicht allein in der Aneignung von Wissen und der Befähigung, politisch zu handeln, liegen, sondern er liegt in der Einordnung dieses Wissens und

der Fähigkeiten in Handlungsstrategien, die eine wirkliche Zukunftsgestaltung und Gestaltung der Lebensräume möglich machen. Hier muss es zu einem Dreiklang kommen, wie er im „Wissen über politische und sozialhistorische Zusammenhänge, dem Erwerb von demokratischen Werten, Überzeugungen und Haltungen sowie in konkreten politikrelevanten Erfahrungen durch eigene Verantwortungsübernahme“ (BMFSFJ, 2017, S. 449) seine Richtschnur hat.

Dies bleibt eine Herausforderung der nächsten Jahre. Daher sollte die Kinder- und Jugendarbeit die politische Bildung als eine zentrale Säule ihres Handelns offensiv gestalten. Allerdings gilt auch, dass es politische Bildung nicht zum Null-Tarif gibt. Junge Menschen in diesem Sinne zu befähigen, setzt eine verbindliche Basis für die Kinder- und Jugendarbeit voraus. Erst dann kann auch Nachhaltigkeit gesichert werden. Hier sollte sich die Politik entsprechender Forderungen der Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit nicht verschließen.

Prof. Klaus Schäfer, Staatssekretär a. D.

*Hintergrund dieses Beitrags bildet der 15. Kinder- und Jugendbericht der Sachverständigenkommission des Bundes, der der Autor als stellv. Vorsitzender angehörte.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist kein Gnadentat

Wir sind die Zukunft!

Kinder und Jugendliche sind Menschen und somit haben auch sie das Recht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzen und gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstoßen.

Es ist ungerecht, Kinder und Jugendliche wegen einer unveränderlichen Eigenschaft zu diskriminieren. Nicht nur Geschlecht, Hautfarbe, Behinderung und Staatsangehörigkeit sind solche Eigenschaften, sondern auch das Alter eines Menschen.

Warum aber werden Kindern und Jugendlichen wesentliche demokratische Rechte nicht gewährt? Warum werden Kinder und Jugendliche hinsichtlich der Selbstbestimmung, ihrer Selbstverwirklichung und der Beteiligung bzw. Mitbestimmung an sie betreffenden Entscheidungen benachteiligt? Eigentlich ist der rechtliche Rahmen – wie einleitend aus dem Grundgesetz zitiert – gut für Kinder und Jugendliche.

Kinder (damit sind hier alle unter 18 Jahren gemeint) haben durch die UN-Kinderrechtskonvention – neben Schutz, Versorgung und guter Entwicklung – auch ein Recht auf Information, Mitbestimmung und Beteiligung. Artikel 12 dieser Vereinbarung sichert Kindern das Recht zu, „... sich eine eigene Meinung zu bilden, [...] diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern und sie angemessen zu berücksichtigen.“

Keine Alibi-Beteiligung

Neben dem deutschen Grundgesetz räumt auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz im §1, Absatz 1 hohe Beteiligungsrechte ein: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Gemeinschaftsfähig bedeutet, Teil des sozialen und politischen Lebens zu sein.

Kinder und Jugendliche wollen sich einmischen: in der Schule, an ihrem Wohnort, im Kindergarten, im Jugendverband, in ihrer Familie, in Politik und Gesellschaft. Wo sich Kinder und Jugendliche in das politische und institutionelle Geschehen einmischen, eröffnen sich



Foto: DBJR, DVD „Blickwinkel“, dieprojektoren agentur für gestaltung und präsentation

Politische Beteiligung bedeutet nicht, über Kinder und Jugendliche zu sprechen, sondern junge Menschen selbst zu Wort kommen und mitbestimmen zu lassen.

auch für die am Prozess beteiligten Erwachsenen in Institutionen, Politik und Verwaltungen wertvolle Perspektiven und Erkenntnisse. Wenn sie Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst nehmen, gewinnen sie wichtige Einsichten in die Lebenswirklichkeit der jungen Generation. Aber Beteiligung muss mehr sein als eine Kundenbefragung zur Optimierung von Angeboten. Es müssen Entscheidungsräume für junge Menschen entstehen. Damit dies möglich wird, müssen Erwachsene Macht abgeben. Eine Verschiebung von Entscheidungsmacht zugunsten der Kinder und Jugendlichen ist wesentlicher Bestandteil von ernst gemeinter Partizipation. Im Beteiligungsprozess müssen Kinder und Jugendliche Klarheit über ihre Rolle und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten erhalten. Alles andere ist rosa Beteiligungssoße!

Daher fordert der Bayerische Jugendring (BJR) mehr Partizipationsrechte für Jugendliche. Konkret bedeutet das:

- die Partizipation junger Menschen als Grundsatz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen;
- das aktive Wahlrecht ab 14 Jahren einzuführen;
- mehr Demokratie in Schule, Hochschule und Unternehmen zu leben;
- mehr außerschulische politische Bildung in Bayern anzubieten;
- die Pflicht zur Benennung von Jugendbeauftragten in bayerischen Kommunen und Verwaltungen umzusetzen.

Gerhard Wagner, Abteilung Jugendarbeit, KJR

**Was müsste passieren, damit du dich politisch engagierst?
„Mehr Politiker mit Migrationshintergrund!“
Ranah, 18**



Altersgrenzen im Recht

Wer darf wann was?

Bei der Vorstellung des 15. Jugendberichts der Bundesregierung erwähnte ein Beteiligter, dass es für Jugendliche schwer überschaubar sei, welche Rechte und Pflichten sie haben.

Die rechtlichen Regelungen, die Jugendliche betreffen, sind weit über die Gesetzes-Hemisphäre verteilt und die uneinheitliche Regelungssystematik macht es nicht gerade einfacher. Zwar gilt das Problem der Unübersichtlichkeit auch für Erwachsene, aber Jugendliche – im Unterschied zu Kindern, deren Eltern sich mit dem Rechtlichen herumschlagen müssen – haben es besonders schwer. Allein die unterschiedlichen Altersgrenzen sind kaum zu überblicken:

So ist ein Kind ab dem 7. Lebensjahr „deliktischfähig“. Es wird also angenommen, dass es in der Lage ist zu wissen, dass man ‚nichts kaputt machen‘ sollte. Zwischen dem 7. und 18. Lebensjahr kommt es darauf an, ob im konkreten Fall das Kind bzw. der/die Jugendliche „bei Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht“ (§ 828 BGB) hatte. Dabei geht es aber nur um Fragen des Schadensersatzes.

Das Strafrecht hingegen, also ein – erzieherisch gemeinter – Eingriff des Staates, kommt erst ab dem 14. Lebensjahr ins Spiel. Denn dann geht der Gesetzgeber davon aus, dass ein Mensch in der Lage ist, einem anderen bewusst schuldhaft Schaden zuzufügen (§ 19 StGB).

Über das Jugendgerichtsgesetz (JGG) geht die Gesetzgebung aber individuell auf die Verständnisfähigkeit ein (§ 3 JGG). Diese Rücksicht auf die geistige Entwicklung von jungen Menschen endet beim Strafrecht

nicht mit 18. Vielmehr können auch Personen bis zum 21. Lebensjahr nach dem „Jugendstrafrecht“ behandelt werden (§ 105 JGG).

Auch im Bereich des Geschäftslebens geht der Gesetzgeber individuell auf die Entwicklung junger Menschen ein: So ist die Geschäftsfähigkeit – also die Fähigkeit ein Rechtsgeschäft wirksam abzuschließen – ebenfalls ab dem 7. Lebensjahr im beschränkten Umfang möglich (§ 106 BGB). Zwischen dem 7. und dem 18. Lebensjahr können Rechtsgeschäfte mit Einwilligung (im Vorfeld) oder Genehmigung (im Nachhinein) des gesetzlichen Vertreters – in der Regel die Eltern – (§§ 107, 108 BGB) abgeschlossen werden. Wenn ein Minderjähriger aber ein Rechtsgeschäft abschließt, das im Umfang seines Taschengeldes liegt, also z.B. ein Eis kauft, dann sieht § 110 BGB vor, dass der Vertrag als wirksam gelten soll.

Rechtsrahmen dient dem Schutz

Um einen Kfz-Führerschein der Klasse B erhalten zu können, muss ebenfalls die Altersgrenze von 18 überschritten werden (§ 10 FeV). Das „begleitete Fahren“ ermöglicht das Fahren bereits mit 17, jedoch nur unter Aufsicht einer Begleitperson.

Bei den bisherigen Beispielen der von Altersgrenzen abhängigen Bestimmungen geht es vorwiegend darum, die jungen Menschen vor drohenden Risiken, z.B. durch unkluge Verträge mit anderen, zu beschützen.

Daneben gibt es weitere Bereiche, in denen die Altersstufen eine Rolle spielen. So ist z.B. das aktive und das passive Wahlrecht für den Deutschen Bundestag (Art. 38 GG) sowie für den Bayerischen Landtag (Art. 14 Bayerische Verfassung und Art. 1 sowie 22 des Landeswahlgesetzes) und die bayerischen Kommunen und Landkreise (Art. 1 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres gegeben. Erst mit 18 können in Bayern also junge Menschen durch Wahlen an dem Willensbildungsprozess teilhaben, dessen Auswirkungen sie wie alle anderen unterworfen sind. Bemerkenswert ist dabei, dass kein Zusammenhang zwischen der Geschäftsfähigkeit aus dem Zivilrecht mit dem Wahlrecht besteht. Seit 1970 ist das Wahlrecht im Bund bei 18 (davor 21), aber erst 1974 ist die volle Geschäftsfähigkeit ebenfalls auf 18 gesenkt worden (davor ebenfalls 21). Es wäre also leicht möglich, junge Menschen früher an den Entscheidungen teilhaben zu lassen, deren Auswirkungen sie am längsten tragen.

Von großer praktischer Relevanz ist übrigens auch die Absenkung vom 27. auf das 25. Lebensjahr beim Anspruch auf den Bezug von Kindergeld (§ 2 BKGG; im Kontext der Kleinkinderförderung 2006).

Die Regeln zu diesen unterschiedlichen Altersgrenzen sind für die Betroffenen oft wenig verständlich und aufgrund der Systematik nicht einfach aufzufinden.

Dass der Gesetzgeber keine Vereinheitlichung der Altersstufen vornimmt, ist jedoch keine Unüberlegtheit. Vielmehr wird versucht, den unterschiedlichen Entwicklungsstufen von jungen Menschen Rechnung zu tragen und ihnen nur das abzuverlangen, was man von ihnen erwarten kann. Bei aller berechtigten Kritik sollte nicht übersehen werden, dass die meisten Vorschriften zum Schutz gedacht sind.

Johannes Trischler

**Was müsste passieren,
damit du dich politisch engagierst?
„Ich würde mich in der Politik engagieren,
wenn das Wahlalter auf 16
heruntergesetzt würde.“
Florin, 14**

Der Durchbruch lässt auf sich warten:
Kinderrechte ins Grundgesetz

Längst überfällig

In den letzten Monaten hat die Diskussion um die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz neuen Aufwind erfahren. Zunächst hatten sich die Justizministerinnen und Justizminister der Länder im November 2016 einstimmig für die Aufnahme ausgesprochen.

Im März 2017 machten sich Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas presserwirksam dafür stark. Zuletzt befasste sich der Bundesrat auf Antrag der damals noch rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit dem Anliegen. Es war die Chance gegeben, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Justiz- und Familienminister einen konkreten Formulierungsvorschlag ausarbeiten würde. Dies ist leider nicht nur ausgeblieben, sondern es wurden altbekannte – als überwunden geglaubte – Positionen eingenommen. Zu diesen gehört, dass das Gebot einer „schlanken Verfassung“ hochgehalten werden soll, Kinder keine besondere gesellschaftliche Gruppe darstellen und die Kinderrechte die Elternrechte schwächen würden. Wenn überhaupt, dann scheint derzeit unter den Bundesländern nur ein Minimalkonsens möglich, der nicht im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention zu bringen und damit abzulehnen ist.

Die Konvention legt folgende Prinzipien nahe, die als Schablone für eine entsprechende Formulierung dienen:

- 1) den Vorrang des Kindeswohls bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen;
- 2) das Recht des Kindes auf Anerkennung als eigenständige Persönlichkeit;
- 3) das Recht des Kindes auf Entwicklung und Entfaltung;
- 4) das Recht des Kindes auf Schutz, Förderung und einen angemessenen Lebensstandard;
- 5) das Recht des Kindes auf Beteiligung in den es betreffenden Angelegenheiten und die Verpflichtung zur Berücksichtigung seiner Meinung entsprechend Alter und Entwicklungsstand;
- 6) die Verpflichtung des Staates, für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge zu tragen.

Kinder sind eigene Rechtssubjekte

Dazu würden im Sinne einer Rechtsangleichung Vorgaben des Artikel 24 der Grundrechte-Charta der Europäischen Union umgesetzt und im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung Folge geleistet, der ausdrücklich die konsequente und vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention vorsieht. Doch die realistische Einschätzung lautet, dass sich das Fenster für eine Verfassungsänderung in dieser Legislaturperiode bereits geschlossen hat. Wieder einmal müssen die Befürworterinnen und Befürworter einen langen Atem beweisen und auf die nächste Legislatur setzen. Es gilt dabei zu verhindern, dass der Diskurs auf Länderebene abebbt, denn der Bundesrat erscheint als der stärkste Motor für eine Verfassungsänderung. Schon im September 2011 wurde ein Entschließungsantrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Rheinland-Pfalz zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz auf den Weg gebracht. Ein entsprechender Antrag der SPD-Bundestagsfraktion verfehlte jedoch die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion übte sich damals wie heute in Zurückhaltung, die bis zu Ablehnung reichte. Dabei hat sich mittlerweile die Bayerische Staatsregierung für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ausgesprochen. Ebenso hatten sich Alt-Bundespräsident Roman Herzog, Ursula von der Leyen



Foto: DBJR, DVD „Blickwinkel“, dieprojektoren agentur für gestaltung und präsentation

Kinder haben Rechte, Kinder sind selbständige Rechtssubjekte, Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

– in ihrer ehemaligen Funktion als Familienministerin – und fraktionsübergreifend die Kinderkommission des Deutschen Bundestages für die Verankerung der Kinderrechte ausgesprochen. Dies sind deutliche Anzeichen dafür, dass Bewegung ins konservative Lager gekommen ist. Allerdings sind unter den Wohlfahrts- und Familienverbänden die Reihen noch nicht ganz geschlossen. Es ist davon auszugehen, dass eine solche Geschlossenheit notwendig ist, um in der Breite konservative Politikerinnen und Politiker zu überzeugen.

Im Kontext einer Formulierung ist von besonderer Bedeutung, an welcher Stelle die Kinderrechte im Grundgesetz untergebracht werden. Unter den Kinderrechtsorganisationen in der National Coalition und im Aktionsbündnis Kinderrechte besteht Einigkeit darüber, dass die Kinderrechte am besten mit einem eigenen Absatz in Artikel 2 GG verankert werden. Alternativ dazu wird eine Verankerung in Artikel 6 GG diskutiert, welche die Kinderrechte aber mehr in die Nähe der Elternrechte stellen und sie damit in der öffentlichen Diskussion in Opposition zu diesen bringen. Eine Positionierung in Artikel 2 GG wirkt dagegen weniger familienrechtlich und macht eher eine Unterbringung von Förder- und Teilnehmungsrechten möglich. Interessant erscheint zudem die zuletzt vom Bundesjugendministerium ins Spiel gebrachte Idee, die Kinderrechte als positive Diskriminierung in Artikel 3 GG unterzubringen und sich damit an der Erfolgsgeschichte der Frauenrechte zu orientieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat übrigens schon längst anerkannt, dass Kinder Träger von Grundrechten sind. Dennoch werden Kinder im Grundgesetz nicht ausdrücklich als Rechtssubjekte genannt. Sie tauchen dort lediglich als Gegenstand elterlicher Verantwortung auf. Dies entspricht aber schon längst nicht mehr dem Selbstverständnis heutiger Familien – dem einer Politik, die den Vorrang des Kindeswohls als Wesenselement einer zukunftsträchtigen Politik sieht, ohnehin nicht.

Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer Deutsches Kinderhilfswerk

Wenn sich junge Menschen für die Mitgliedschaft in einer Partei entscheiden

Old school oder hip?

Es ist zwar kein Massenphänomen, aber während der letzten Monate wurden es spürbar mehr: Junge Menschen, die sich dazu entschlossen haben, Mitglied einer Partei zu werden. Dabei glaubte man immer, dass das keine Option für Jugendliche sei.

Drei junge Männer – vier Fragen – ein Ziel. Die Redaktion des „K3“ wollte wissen, warum junge Menschen gerade heute in eine Partei eintreten. Und wenn sie es denn tun, warum dann gerade in diese oder jene. Natürlich interessierte die Redaktion auch, was dazu geführt hat – waren diese Jugendlichen immer schon gesellschaftlich aktiv? Und last, but not least fragten wir nach den Zielen, die hinter dem Parteieintritt stehen. Die Auswahl der Interviewgeber ist nicht repräsentativ – die Antworten allemal spannend.



Foto: privat

Gabriel: Junge Menschen entdecken Politik neu

Ich trage den Gedanken einer Mitgliedschaft seit mindestens eineinhalb Jahren mit mir rum, habe aber oft im letzten Moment gezögert. Der anstehende Bundestagswahlkampf und die Kandidatur von Martin Schulz haben mich dann endgültig aus der Komfortzone herausbefördert. Wer Veränderung will, muss aktiv werden. Daheim sitzen und untätig vor dem Fernseher über „die da oben“ zu schimpfen, reicht

einfach nicht. Gerade in Zeiten von AfD, Pegida und Trump muss man sich positionieren.

Ich war vor der Mitgliedschaft bereits „Stammwähler“ der SPD. Man entscheidet sich ja immer für die Alternative, welche die größte Schnittmenge mit den eigenen Positionen aufweist. Mir sind Gerechtigkeit, Solidarität sowie Progressivität die wichtigsten Ansätze. Auch dann, wenn das für mich persönlich Einschnitte und Verzicht bedeuten würde. Im konservativen Parteienspektrum habe ich also nichts verloren. Die Linke vertritt einige Positionen, die ich für nicht durchsetzbar und nicht immer realpolitisch halte. Somit ganz klar SPD, auch von der Historie der Partei her. Das Gesicht Deutschlands wäre ohne die SPD seit mehr als hundert Jahren ein anderes.

Das gesellschaftliche Engagement begann bei mir relativ früh. Während der Schulzeit war ich beispielsweise innerhalb meiner Heimatgemeinde Kinder- und Jugendbetreuer. Nach dem Abitur habe ich ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert. Auch im Rahmen meines Berufs als Schauspieler gelingt es mir manchmal, sozial relevante Themen

Was müsste passieren, damit du dich politisch engagierst?

„Wenn wir viele Anschläge in Deutschland hätten und die richtig krass zunehmen würden und wenn nichts dagegen unternommen würde.“

Maya, 13

Was müsste passieren, damit du dich politisch engagierst?

„Ich interessiere mich nicht so viel für Politik. Wenn Pegida übernimmt, dann würde ich was tun.“

Die Politiker haben aber alles unter Kontrolle. Wir lernen zurzeit viel über die NSDAP in der Schule. Solche Parteien möchte ich nicht, die gegen Ausländer sind.“

Florian, 15

anzusprechen. Momentan spiele ich im Stück „Benefiz – Jeder rettet einen Afrikaner“, in dem die Mentalität der Menschen in Industrieländern bezüglich Spendenbereitschaft und Einstellung zum eigenen Wohlstand hinterfragt wird. Hierbei werden auch tatsächlich Spenden für ein Schulprojekt in Guinea-Bissau gesammelt, ein mehr als sinnvolles Projekt. Politisches Engagement begann vor allem im Studium.

Politik wird von jungen Menschen gerade wieder ein wenig neu entdeckt, habe ich das Gefühl. Oft fehlen aber noch Fakten innerhalb vieler Diskussionen. Da kann man als Parteimitglied gegensteuern und durch klare Positionierung überzeugen. Es ist wichtig, dass die Politik nicht als „Die da oben machen, was sie wollen“ angesehen wird, sondern klar wird, dass es möglich ist, eigene Gedanken einzubringen – wenn man sich eben engagiert.

Gabriel Wonn, 25 Jahre, ausgebildeter Schauspieler und Student der Kommunikations- und Politikwissenschaft



Foto: privat

Marco: Strukturen verstehen und mitwirken

Im Moment ist Politik für junge Menschen interessant, da viele Themen auf der Tagesordnung stehen, die die Zukunft unserer Generation prägen werden. Flüchtlings- und Bildungspolitik sind die aktuellen Stichworte und machen Diskussionen unter gleichgesinnten jungen Menschen für mich attraktiv. Gleichzeitig ist es Tatsache, dass man die einmalige Chance bekommt, Politik wirklich und ernsthaft zu gestalten

und nicht nur darüber zu schimpfen. Außerdem findet jeder, der sich engagiert, auch schnell seinen Platz in der Partei und kann seine persönlichen Fähigkeiten in verschiedene Funktionen einbringen. Nicht zu vergessen ist, dass die parteipolitische Arbeit Jugendliche extrem in ihrer eigenen Entwicklung voranbringt, da es keinen besseren Ort gibt, an dem sich so viele verschiedenen Altersgruppen an einen Tisch setzen und ins Gespräch kommen. Die Entscheidung, der CSU beizutreten, lag auf der Hand, da sich meine eigene Meinung in vielen Punkten der CSU-Programmatik widerspiegelt. Ich selbst kann nur sagen, dass ich unglaublich froh bin, den Schritt gemacht zu haben und dadurch nicht nur mehr Einblick in die verschiedensten Strukturen der Gesellschaft bekommen, sondern auch mich selbst weiterentwickelt habe. Ich gehöre nun vor allem zu denen, die nicht nur „blöd daherreden“, sondern selbst anpacken.

Marco Mesisca, 20 Jahre, Auszubildender bei der Stadtsparkasse München



Foto: privat

Leander: Ich will an Lösungen mitarbeiten

Seit einem Jahr werden europaweit rechtspopulistische Parteien immer stärker. Sie stellen die Politik, wie ich sie kannte, auf den Kopf: Während die demokratischen Parteien mit Argumenten um die beste Lösung ringen, machen sie es sich bequem und nehmen sich selbst aus diesem Ringen raus. Aber das Ringen mit Argumenten macht Parteien und Politik erst richtig spannend. Zu sagen: „Die anderen sind verlogene Marionetten, aber wir haben die Wahrheit gepachtet“, ist arrogant und selbstgerecht. Diese arrogante Bequemlichkeit hat mich herausgefordert. Ich will nicht bequem und selbstgerecht sein, sondern diesen „Ringkampf“ mit meinen Argumenten aufmischen und selbst Lösungen anbieten.

Niemand hat Lust auf Politik mit Anzug, Krawatte und unverständlichen Parteistrukturen. Mit Bier, Jogginghose und seinen Freundinnen und Freunden vom Sofa aus die Welt verbessern geht nur bei den Grünen. Und außerdem setzt sich keine andere Partei so konsequent für Umweltschutz, Bürgerrechte und Chancengerechtigkeit ein.

Im Sportverein, in der Kirche und in der SMV habe ich erste Erfahrungen mit gesellschaftlichem Engagement gesammelt. Der Umgang

mit so vielen verschiedenen Menschen und Aufgaben hat mich definitiv weitergebracht und immer viel Spaß gemacht. Ich kann es nur empfehlen: Seine Umgebung mitzugestalten, ist unglaublich lehrreich und macht auch ein bisschen stolz.

Auf der großen politischen Ebene brauchen wir mehr Jugendparlamente, ein kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag, ein niedrigeres Wahlalter, einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr und demokratischere Schulen bzw. Hochschulen. Viel interessanter ist jedoch, was man auf der persönlichen Ebene erreichen will. Ich will junge Menschen dafür begeistern, für ihre Werte, Wünsche und Visionen zu kämpfen. Wer Visionen hat, soll nämlich nicht zum Arzt, sondern in die Politik gehen.

Leander Hirschsteiner, 18 Jahre, Abiturient

Jede Woche den „Pulse of Europe“ spüren

„Freude, schöner Götterfunken“

Was für ein großartiges Signal an Europa war das, als der gewählte französische Präsident Emmanuel Macron zur Europa-Hymne vor die Weltöffentlichkeit trat und seine erste Rede hielt. Das zeigte auch, welche Weltanschauungen bei der französischen Wahl miteinander gerungen hatten.

Auf der einen Seite eine Nationalistin, die das Land abschotten will, die den Euro und die gesamte Europäische Union zerstören will. Auf der anderen Seite ein Mann, dessen Bewegung gerade einmal ein Jahr existiert, und der einen dezidiert pro-europäischen Wahlkampf geführt hatte, in dem er für Weltoffenheit, Solidarität, Solidität und europäischen Gemeinsinn warb.

Was müsste passieren, damit du dich politisch engagierst?

„Ich müsst erst mal mehr über Politik wissen. Wenn ich mich engagiere, möchte ich auch ein Ergebnis sehen.“

Lea, 16



Foto: Pulse of Europe, München

Und es werden immer mehr. Die Demonstrationen und Kundgebungen können zwar nicht auf Dauer die Menschen mobilisieren – aber die Idee „Für Europa“ setzt sich in immer mehr Köpfen fest

**Was müsste passieren,
damit du dich politisch engagierst?**

**„Ich kann mir in Deutschland nicht so
gravierende Ereignisse vorstellen,
dass ich mich politisch engagiere.**

**Ich kann mir nicht vorstellen,
so richtig was verändern zu können,
dass es das Engagement wert wäre.“**

Vincent, 17

Nach dem Brexit-Referendum und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sah man Europa bereits am Boden liegen und neue Grenzen in Europa entstehen. Und nun das! Immer mehr Menschen zeigen ihre Begeisterung für den europäischen Gedanken, Flaggen werden aus Fenstern gehängt, Aufkleber auf Autos geklebt und der Kurs des Euro steigt im Vergleich zum Dollar.

Die Bewegung *Pulse of Europe* hat vielleicht einen Beitrag dazu geleistet, indem wir gezeigt haben, dass es ein europäisches Lebensgefühl gibt, dass sich viele Tausende Menschen unserem Kontinent verbunden fühlen und bereit sind, für dessen Werte auf die Straße zu gehen und Flagge zu zeigen. Dies hat offensichtlich den Nerv der Zeit getroffen. Endlich kann man auch mal für etwas sein, statt immer nur gegen etwas zu demonstrieren.

Gemeinsam sind wir stark

Mit dem erfreulichen Ausgang der Präsidentenwahl in Frankreich hat *Pulse of Europe* einen wesentlichen Meilenstein in der noch jungen Bewegung erreicht. Der wöchentliche Demonstrations-Rhythmus ist – auch mit Blick auf die aufwendige Organisation – nicht mehr machbar. Das heißt aber nicht, dass *Pulse of Europe* aufhören würde, im Gegenteil: Die gewonnene Zeit wollen wir nutzen, um neue Formate zu entwickeln. Das können „townhall meetings“ oder Veranstaltungen zu Europa mit Prominenten sein. Fest steht, dass es weiterhin jeden ersten Sonntag im Monat eine Demo geben wird. *Pulse of Europe* möchte auch in Zukunft den Finger in die Wunde legen. Wir werden antieuropäisches Verhalten anprangern und für europäische Werte eintreten.

Europa braucht Freunde. Daher ist es wichtig, dass die Jugendorganisationen für Europa eintreten, sei es bei den Pfadfindern oder der Arbeiterwohlfahrt. Wir müssen Bewusstsein dafür schaffen, dass wir sowohl Deutsche und Bayern als auch Europäer sind. In der Sozialwissenschaft spricht man von einem „Wir-Gruppen-Gefühl“. Dieses Gefühl ist ein einigendes Band: Gemeinsame Werte, Kultur und Geschichte aber auch der Wunsch und die Erkenntnis, dass die Zukunft in der Zusammenarbeit liegt, sind entscheidende Faktoren für das Gelingen des europäischen Projekts. Die Welt ist komplex, die Supermächte USA, China und Russland, aber auch Indien und Brasilien dominieren die Welt bzw. werden sie bald dominieren. In zehn Jahren hat China die Wirtschaftsleistung ganz Europas erreicht. Die europäischen Länder allein sind schlicht zu klein, um in dieser komplexen Welt für sich allein zu stehen. Russland, aber auch die USA unter Trump haben scheinbar ein vitales Interesse daran, Europa zu zerstören. Denn so könnten sie einfacher ihre nationalen Interessen durchsetzen. Wenn ihnen jedoch ein geeintes Europa gegenübersteht, wird das nicht gelingen und wir können unsere Interessen besser und stärker artikulieren bzw. durchsetzen. In Summe sollten wir mutig vorangehen und noch viel mehr Europa wagen!

Dr. Georg Fichtner, *Pulse of Europe*

Demokratiemobil rollt durch den Münchner Norden

Demokratie im Einsatz

Informieren, aufklären, reden, spielen: Vom 1. September bis zur Bundestagswahl am 24. September dreht sich alles um Demokratie und Teilhabe, wählen gehen und Menschenrechte.

Nicht in Räumen, sondern auf der Straße, nicht in Vorträgen, sondern interaktiv: Ein Oldtimer der freiwilligen Feuerwehr rollt als Demokratiemobil durch den Münchner Norden.

Die Idee dazu entstand im kommunalen Beratungsnetzwerk – dem Zusammenschluss von Anlaufstellen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Radikalisierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das Demokratiemobil soll in der Landeshauptstadt München als Bildungsangebot auf Rädern dauerhaft eingesetzt und damit Bildung „auf die Straße“ gebracht werden: in Stadtteile, zu Bürgerfesten, um deutlich zu machen, dass Demokratie nicht nur ein Thema von Schulen, Seminaren oder von „denen da oben“ ist, sondern gesellschaftliche Basis, die uns alle etwas angeht.

Politik – immer und überall

Dem Langzeitprojekt wird als Test eine Pilotphase vorgeschaltet. Das Demokratiemobil wird im Vorfeld der Bundestagswahl erprobt. Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) hat mit Blick auf Erst- und Jungwählerinnen und -wähler die Trägerschaft übernommen und kooperiert mit vielen Partnern: dem Beratungsnetzwerk, dem Jugendinformationszentrum, mit Freizeitstätten und lokalen Organisationen und Einrichtungen und den örtlichen Feuerwehren, die unserem Mobil Unterstand zwischen den Einsatztagen bieten.

Für den Testlauf werden an 12 Einsatztagen die Stadtteile Moosach, Feldmoching – Hasenberg und Milbertshofen – Am Hart angesteuert. Hier werden Kontakte geknüpft, Mitstreiterinnen und Mitstreiter angeworben und gemeinsam Ideen für Aktionen entwickelt, die das Publikum zum Mitmachen einladen.

So soll etwa ein persönliches Wahlplakat mit eigenem Slogan kreiert werden, man kann sich an einem Stimmungsbarometer zu verschiedenen Themen beteiligen, in Wahlkabinen darüber informieren, wie das Wählen im Wahllokal oder per Brief abläuft, sich den eigenen Bundestag zusammenstellen, mit dem Wahl-o-Mat die persönliche Wahltenenz ermitteln, bei einer interaktiven Medienrallye mitmachen oder bei einem Mini-Tanz-Programm nach dem Motto „Beweg dich – geh wählen!“ und vielem mehr. Parteipolitische Positionen oder Programme bleiben aber draußen.

Die Termine sind unter www.kjr-m.de/demokratiemobil aufgeführt. Während der Einsatztage gibt es dort und bei Radio Lora 92,4 brandaktuell konkrete Informationen und Eindrücke.

Sylvia Holhut, Fachstelle Demokratische Jugendbildung, KJR

**Was müsste passieren,
damit du dich politisch engagierst?**

**„Wenn Kinder mehr Mitsprache hätten.
Wenn ich was sage, bringt es sowieso nichts.
Ich hab schon mal einen Antrag an den
Bürgermeister gemacht und es ist nicht mal
was zurückgekommen.“**

Fine, 13

Foto: Gettyimages



Medienpädagogisches Projekt zur Bundestagswahl

Wahlzeit

Im September 2017 ist es wieder so weit: Wir wählen zum 19. Mal unsere Bundesregierung. Dieses Ereignis hat das soundcafe zum Anlass genommen, das medienpädagogische Projekt „Wahlzeit“ ins Leben zu rufen.

Mit diesem Projekt möchten wir junge Menschen darin unterstützen, Politik zu verstehen und die Versprechen von Politikerinnen und Politikern zu hinterfragen. Wir wollen zudem die Jugendlichen dabei fördern, Antworten auf politische Fragen zu finden – und ganz nebenbei den Ansatz der Partizipation des Kreisjugendring München-Stadt (KJR) praktisch umzusetzen.

Voraussetzung dafür, dass Jugendliche in ihrer politischen Mündigkeit gefördert werden können, sind Räume und Gelegenheiten, die es ihnen ermöglichen, unsere demokratischen Grundwerte zu reflektieren, sie erfahrbar zu machen. Das Projekt „Wahlzeit“ bietet den passenden Rahmen, um hinter die Kulissen des Wahlkampfes zu blicken und sich über aktuelle politische Ereignisse Gedanken zu machen. Das Projekt

bietet den Jugendlichen zudem die Möglichkeit, den Umgang mit Kamera, Mikrofon und einem Schnittprogramm zu erlernen. Passendes Equipment stellen wir als Einrichtung mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik zu Verfügung.

Politik erlebbar machen

Das Projekt „Wahlzeit“ ist folgendermaßen aufgebaut: Im redaktionellen Teil sollen die Jugendlichen einen Leitfaden für ein Interview mit Fragen zur Bundestagswahl entwickeln. Beispielsweise „Hast du das Gefühl, die Regierung nimmt die Interessen und Probleme der Jugendlichen wahr?“ oder „Glaubst du, dass du durch die Wahl etwas bewirken kannst?“

Ein weiterer Teil ist die Befragung von Passanten an öffentlichen Plätzen zur Bundestagswahl und die filmische Begleitung dieser Interviews. Hierfür haben wir ein Roll-up gestaltet, das als Hintergrund dient.

Im letzten Teil schneiden die Jugendlichen das entstandene Video-Material und veröffentlichen es online auf unserem Blog unter wahlzeit.kjr-blog.de. Der Blog soll im Laufe der Zeit ein Meinungsbild der Münchnerinnen und Münchner darstellen und eine Plattform bieten, sich über die aktuellen Ereignisse im Umfeld der Bundestagswahl zu informieren.

Wir haben Anfang April damit begonnen, das Projekt zu bewerben. Dafür wurden die Oberstufen der Mittel- und Realschulen sowie die Gymnasien in Schwabing und Schwabing-Freimann angeschrieben. Darüber hinaus wurden Einrichtungen des KJR mit Flyern, Plakaten und Infomaterial zum Projekt versorgt. Natürlich nutzen wir verschiedene Social-Media-Kanäle des KJR und können so viele Jugendliche erreichen.

Leider ist es uns bis jetzt noch nicht gelungen, Jugendliche oder Schulen für das Projekt „Wahlzeit“ zu begeistern; zur ersten Veranstaltung kamen keine Teilnehmenden. Das könnte allerdings auch daran liegen, dass der Wahlkampf noch nicht voll angelaufen ist und die Bundestagswahl noch zu wenig in den Medien präsent ist. Wir sind trotzdem guter Dinge, werden das Projekt weiterverfolgen und versuchen, es im Rahmen der Konzertabende im soundcafe oder während des Stadtteilstests voranzutreiben.

Laura Breier, soundcafe, KJR

Impressum

Ausgabe 5/2017 | erschienen am 20.07.2017

Verleger: Kreisjugendring München-Stadt im Bayerischen Jugendring,
Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München
Telefon 089 / 51 41 06-978, Fax 089 / 51 41 06-45
E-Mail: info@kjr-m.de, Internet: www.kjr-m.de

Verantwortlich: Stefanie Lux, Vorsitzende

Redaktion: Angelika Baumgart-Jena (verantwortlich), Lisa Bommhardt, Anna Demmler, Michael Graber, Kerstin Hof, Marko Junghänel, Petra Kutzner, Alina Mannhardt, Manuela Sauer, Armin Schroth, Gecko Wagner, Ingrid Zorn
Unterstützung im Schwerpunktteil durch Gerhard Wagner

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Titelbild: Jacob Ammentorp Lund/Getty Images

Verwaltung: Jana Beyreuther

Layout: Fa-Ro Marketing, München

Druck: Sensor-Druck, Augsburg
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Auflage: 2.600 Exemplare


Abonnementpreis: Der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise: 8 Ausgaben jährlich

Nächste Ausgabe Erscheinungsdatum: 15.09.2017
Redaktionsschluss: 14.08.2017



Gefördert aus Mitteln der
Landeshauptstadt München

Hier geht's zum 
als FlippingBook:

